



for a living planet®

Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland – mehr Langfristigkeit, Verbindlichkeit und Transparenz in der Klimapolitik

Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:

Deutschland wird weiterhin seine führende Rolle im Klimaschutz wahrnehmen. Ziel ist, die weltweite globale Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Stand zu begrenzen. Die Bundesregierung strebt deshalb eine Reduktion der Treibhausgasemissionen Deutschlands um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 an. Diese Ziele werden wir für Deutschland mit entsprechenden Zwischenzielen in einem Klimaschutzgesetz verbindlich festlegen. Zur fachlichen Unterstützung und Überwachung der einzelnen Schritte des neuen Gesetzes werden wir eine Klimakommission einsetzen.

Worum geht es?

Die Bundesregierung hat in der auslaufenden Legislaturperiode ein Klimaschutzpaket (das so genannte „Meiseberger Programm“ oder auch IEKP) verabschiedet und sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet. Dieses Ziel ist allerdings nirgendwo gesetzlich geregelt. Letztendlich handelt es sich deshalb nur um eine rechtlich unverbindliche, politische Absichtserklärung, die von einer neuen Bundesregierung nach der Bundestagswahl wieder relativiert oder ganz in Frage gestellt werden könnte.

Ganz anders in Großbritannien: dort hat das Parlament vor einigen Monaten ein Klimaschutzgesetz („Climate Change Act“) verabschiedet, in dem sich das Land zu einer verbindlichen Senkung seiner Treibhausgasemissionen um 80 Prozent bis 2050 und zu entsprechenden Zwischenzielen verpflichtet hat. Zudem wurde eine hochrangige Klima-Kommission eingerichtet, die das Erreichen der Ziele überwacht und die Regierung in klimapolitischen Fragen berät. Klimaschutz ist jetzt permanent auf der Tagesordnung.

Von Wissenschaftlern und Fachleuten wird seit geraumer Zeit ein solches Klimaschutzgesetz auch für Deutschland gefordert. Es fehlt aber weiterhin an einer politisch und rechtlich wasserdichten Festlegung der deutschen Klimaziele in einem Gesetz, welches es jedweder neuen Bundesregierung erheblich erschweren würde, diese wieder in Frage zu stellen. Zudem gibt es bisher keine klaren Hinweise der jetzigen Bundesregierung, welche langfristigen Klimaziele sich Deutschland über 2020 hinaus setzen will und muss. Es fehlt auch an einer unabhängigen Instanz, die das Erreichen der Ziele überwacht und Vorschläge zum Nachsteuern macht, falls Zwischenschritte auf dem Weg zu diesen Zielen nicht ausreichen sollten.

Ein zentrales Problem der deutschen Klimapolitik ist tatsächlich, dass es zwar das Klimaschutzpaket und das 40-Prozent-Ziel (bis 2020 gegenüber 1990) gibt, dass bisher aber völlig unklar ist, was passiert, wenn sich abzeichnen sollte, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen. Und nach den Ergebnissen zahlreicher Untersuchungen wird Deutschland – wie selbst Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eingesteht – seine Ziele damit nicht erreichen. Dies hat allerdings keine politischen oder rechtlichen Folgen, es drohen auch keine Sanktionen. Die Klimapolitik droht so zum Papiertiger zu werden. Es fehlt der deutschen Klimapolitik deshalb erheblich an Verbindlichkeit, Transparenz und einer langfristigen Perspektive.

Mit entsprechenden Regelungen in einem Klimaschutzgesetz, welches eine Festlegung von Zwischenzielen und die Einrichtung einer unabhängigen Klima-Kommission enthielte, könnte Abhilfe geleistet werden. Langfristig müssen zudem alle für den Klimaschutz wichtigen und bisher auf sehr unterschiedliche Rechtsgebiete verteilten Gesetze zusammengefasst, vereinfacht und besser aufeinander abgestimmt werden.



Forderungen des WWF Deutschland

Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung

- die im „Meseberger-Programm“ vom August 2007 verabschiedeten und im Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm (IEKP) umgesetzten Maßnahmen weiterzuentwickeln und auszubauen und darüber hinaus gehende Maßnahmen in einem „**Meseberg-Plus-Programm**“ zu verabschieden. Damit soll sichergestellt werden, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senkt und durch einen Umbau der Energieversorgung die Reduktion der deutschen Treibhausgasemissionen um mindestens 95 Prozent bis 2050 ermöglicht;
- in einem **Klimaschutzgesetz** die Ziele und Zwischenziele zur oben genannten Reduktion der deutschen Treibhausgasemissionen verbindlich festzulegen,
- eine **Klima-Kommission** zur Begleitung der Klimapolitik und damit zur Einhaltung des Klimaschutzgesetzes einzurichten;
- langfristig alle **für den Klimaschutz wichtigen Gesetze und Verordnungen zusammenzufassen**, zu vereinfachen und besser aufeinander abzustimmen;